



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe November 2013

Haushalt 2014: Das Kartenhaus

Nachdem in diesem Jahr die Mieter und Hausbesitzer mit der erhöhten Grundsteuer zur Ader gelassen werden, sollen im kommenden Jahr erneut Gebührenerhöhungen folgen, z.B. beim Standesamt und für das Parken.

Ganztags drastisch teurer

Kräftig zur Kasse gebeten werden die Familien, die ihre Kinder am offenen Ganztags teilnehmen lassen und nicht zu dem Kreis gehören, die wegen des Bezugs von ALG II oder von Wohngeld von den Beitragszahlungen befreit sind. Ihre Beiträge werden mit Beginn des nächsten Schuljahres um 60 Prozent erhöht.

Es gibt leider mehr als genug Familien in unserer Stadt, die mit ihrem Familieneinkommen knapp über dem Hartz-IV-Satz liegen. Sie müssen mit ihrem Beitrag zur weiteren Sanierung des Stadthaushalts beitragen. Ob diese Sanierung gelingen wird, ist wenig wahrscheinlich.

Luftbuchungen

Für die nächsten Jahre sind erhöhte Gewerbesteuereinnahmen eingeplant, die durch verstärkte Wirtschaftsförderung entstehen sollen. Gedacht ist dabei insbesondere an ein Einkaufszentrum und an den RegioPort. Das Einkaufszentrum ist erst kürzlich zu nächst einmal geplatzt und der Regio-

Port wird, bis er Gewinne abwirft, auf Jahre hinaus ein Verlustgeschäft sein. Aber so rettet sich die Verwaltung rein rechnerisch über die Runden und ins Kommunalwahljahr 2014 hinein. Sollten diese Einnahmen aber ausbleiben, so müssen diese Beträge irgendwo verkürzt werden. Und das zusätzlich zu den Millionen, die jetzt schon als künftige Kürzungsbeiträge eingeplant sind. Dabei ist noch völlig offen, auf welche Weise diese Kürzungen überhaupt realisiert werden sollen. Der sogenannte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ der Landesregierung erzwingt die Kürzungen..

Noch kann die Stadt sogenannte freiwillige Leistungen für Kinder, Jugendliche und Rentner, für Bildung und Kultur auf niedrigem, längst zusammengestrichenem Niveau aufrecht erhalten. Aber wie lange noch?

Zahlenspiele: Wie lange werden sie halten?



Ab 2016 tritt die sogenannte Schuldenbremse in Kraft, die von einer großen Koalition von CDU/CSU/FDP/SPD/Grüne ins Grundgesetz hineingeschrieben worden ist (und genauso gut wieder herausgenommen werden könnte!). Dann drohen neue Kürzungsrunden bei Bund und Ländern und die Kommunen dürfen das dann am heftigsten ausbaden.

Gewerbesteuereinbruch

Wie zerbrechlich alle kommunalen Planungen sind, zeigt der unerwartete Gewerbesteuerausfall in diesem Jahr

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

von 8 Millionen Euro. Damit brach etwa ein Fünftel der Gewerbesteuer-einnahmen der Stadt weg. Der nächste Kriseneinbruch, das nächste Steuergeschenk an Konzerne und Reiche wird das Kartenhaus wieder einmal zum Einsturz bringen. Ob Bürgermeister Buhre im Jahr 2015 abtreten

will, weil er dieses absehbare Elend nicht mehr mit verantworten will?

Umverteilung bleibt dringende Aufgabe

Solange die Städte und Gemeinden nicht ausreichend für ihre Aufgaben finanziert werden, wird es keine

Lösung geben. Notwendig ist ein Schuldenschnitt auf Kosten der Banken, die an den kommunalen Krediten sehr gut verdienen und weiter verdienen. Notwendig ist mehr politischer Druck für eine Millionärssteuer, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und die radikale Kürzung der Rüstungsausgaben.

Elternproteste unüberhörbar

Mit diesen massiven Elternprotesten hatten die Ratsparteien nicht gerechnet. Gingen doch die bisherigen Kürzungen und Gebührenerhöhungen geräuschlos über die Bühne.

Doch die drastische Erhöhung der Elternbeiträge zum Ganzttag brachte viele Eltern auf. Massiv besuchten sie den Bildungsausschuss und brachten ihren Unmut unüberhörbar vor. Abwimmeln half nichts. Die

Eltern starteten danach noch eine Unterschriftenaktion.

Angeblich soll nun eine Staffelung der Beiträge nach Einkommen geprüft werden. Doch in der Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung am 28.11. ist davon zum Redaktionsschluss dieses Weserspiegels nichts zu lesen.

Wohnen in Minden



(Foto: Rodenbeck)

Die Masche der Immobilienkonzerne: Zuerst das Haus verkommen lassen. Dann modernisieren oder energetisch sanieren und drastische Mieterhöhungen fordern. Die Rendite stimmt in beiden Fällen - und das ist für die Immobilienhaie das Wichtigste.

Unwürdige Mietverhältnisse sind in Minden keine Seltenheit. Die Anzahl mietpreisgebundener Wohnungen geht zurück. Neubauten bestehen fast nur aus Eigentumswohnungen oder sind im oberen Preissegment angesiedelt.

Der soziale Wohnungsbau in öffentlicher oder genossenschaftlicher Trägerschaft muss wiederbelebt werden.

Die energetische Modernisierung darf nicht zur Mieterhöhung und Vertreibung der Mieter missbraucht werden. Es müssen dafür ausreichend öffentliche Mittel bereit gestellt werden.

Die wichtigsten Voraussetzungen für eine soziale Wohnungs- und Mietpolitik sind: eine dauerhafte Begrenzung der Mietpreise, ein sozialer Wohnungsbau, der diesen Namen verdient und die Überführung der privaten Immobiliengesellschaften in öffentliches Eigentum.

Die Mittel können durch Senkung des Rüstungshaushalts sowie Streichung der Steuervergünstigungen und Subventionen für Finanz- und Großkonzerne bereit gestellt werden.

Ausgepresst

Das städtische Personal arbeitet am Limit. Verzögerte oder fehlende Wiederbesetzung von Stellen führt zu Arbeitsverdichtung. Und für die Bürgerinnen und Bürger zu verringerten Öffnungszeiten und längeren Bearbeitungszeiten, also zu schlechterem Service.

Die Beschäftigten sollen ihre Aufgaben in den kommenden Jahren mit immer weniger Mitteln erledigen. Jährliche Kürzungen von 1 Million für Personal sind geplant.

Bei Neueinstellungen gibt es sogar Verträge von nur zehn Wochenstunden und Befristungen scheinen zum Normalfall zu werden.

Prekäre Arbeit hält auch im Öffentlichen Dienst Einzug. Die Lücken sollen mit immer mehr Ehrenamtlichen gefüllt werden, umworben werden rüstige Rentner.

Doch damit sind weder qualifizierte Dienstleistungen noch Lebensperspektiven für junge Menschen machbar.

Stadtrat gegen Vermögenssteuer

Ein Antrag der Stadtverordneten der Partei Die Linke, die Stadt möge dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ beitreten, wurde im Februar vom Stadtrat mit Mehrheit abgeschmettert.

CDU, FDP und MI stimmten geschlossen dagegen. Die Vertreter des BBM fehlten bei der Abstimmung. Bürgermeister Buhre befürwortete den Antrag. Doch Grüne und SPD stimmten uneinheitlich ab. Es gab bei ihnen einige Enthaltungen und bei der SPD sogar eine Gegenstimme. An diesem Abstimmungsverhalten

scheiterte der Antrag. Auch auf Seiten der SPD wird bisweilen über eine ungerechte Verteilung und die desolante Lage der Kommunen geklagt. Doch als Fraktion verzichteten die SPD und die Grünen mit ihrem Abstimmungsverhalten darauf, ein politisches Signal für bessere Kommunalfinanzen auszusenden.

Es scheint für manche immer noch bequemer zu sein, sich hinter „Sachzwängen“ zu verschanzen und die Folgen der Berliner und Düsseldorf Politik vor Ort zu exekutieren.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

DKP

Der Ganzttag

Vergleichende Studien haben ergeben, dass Länder mit einem Ganzttagsschulbetrieb über ein besseres Bildungssystem verfügen als Deutschland, das zudem noch besonders wenig für die Bildung ausgibt.

Das zeigt sich auch beim offenen Ganzttag, der als Billig-Lösung betrieben wird. Träger sind in Minden das Rote Kreuz und die Volkshochschule.

Der allergrößte Teil der Arbeit wird von prekär Beschäftigten auf 450-Euro-Basis geleistet, oft ohne pädagogische Ausbildung. Und so hängt die Qualität der Arbeit von den jeweiligen persönlichen Eigenschaften und dem persönlichen Engagement ab.

Oft reicht die Arbeitszeit nicht für den notwendigen Austausch mit Lehrkräf-

ten und Eltern aus, sondern wird zusätzlich geleistet.

Die DKP fordert eine tarifliche Entlohnung des pädagogischen Personals mit ausreichenden Weiterbildungsmöglichkeiten. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse müssen beendet werden. Von ihrer Arbeit müssen die Beschäftigten leben können. So sehen es auch die Gewerkschaften GEW und ver.di.

Der Ganzttag muss Teil des Bildungssystems und damit kostenfrei sein. Gerade durch eine qualifizierte Ganztagsbetreuung können soziale und sprachliche Benachteiligungen der Kinder aufgefangen werden.

Die DKP will ein Bildungssystem, in dem die Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind.

Zahlen - Daten - Fakten

Deutschland erlebt zur Zeit einen Höhepunkt der Bereicherung auf der einen und der Verarmung auf der anderen Seite.

Die Wirtschaft wächst nur noch für die Reichen; der Mittelstand erodiert und der untere Teil der Bevölkerung gerät immer mehr unter die Räder.

Das reichste Land der EU hat mit 13 Millionen die meisten Armen. Die Kehrseite: 2012 gab es in Deutschland erstmals mehr als eine Million Dollar-Millionäre. Ihre Zahl war von 826.000 vor der Krise (2007) auf 1.015.000 im Jahr 2012 gestiegen: + 22,9% (Capgemini, World Wealth Report).

Die Kluft wird größer und tiefer. In Europa gibt es mehr Millionäre als vor der Krise; insgesamt im Jahre 2012 3,4 Millionen (Dollar-) Millionäre mit einem Geldvermögen von 10,9 Billionen Dollar.

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen. Probeabo anfordern unter: <http://www.unsere-zeit.de>

Kurze Vollzeit für alle

In diesem Jahr gab es keinen üblichen Herbstaufschwung für neue Arbeitsplätze. Die Zahl neuer Arbeitsplätze blieb beunruhigend niedrig.

In Minden schließt der schwedische Konzern Kinnarps AB im kommenden Jahr die Produktionsstätte, die einstmals Drabert hieß. Die Beschäftigten des Schlachthofs Atlas erhielten ebenfalls ihre Kündigung.

Neue Ausbildungsverträge gingen im Kreis um 4,5 Prozent zurück.

Die Aussichten auf eine lebenswerte Perspektive werden schlechter. Warten auf bessere Zeiten bringt nichts.

Notwendig ist eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Damit können auch die zunehmenden prekären Arbeitsverhältnisse - befristet, Minijobs, Leiharbeit, unfreiwillige Teilzeit - zurückgedrängt werden.

Und hinzu kommen muss: Wer nicht ausbildet, muss zahlen!



Strom: bezahlbar für wen?

Strom muss bezahlbar bleiben. Es fragt sich nur für wen?

Die aktuellen Koalitionsverhandlung lassen nichts gutes erhoffen. Hannelore Kraft und Peter Altmeier sind sich schon mal einig. Neu Kohlekraftwerke sollen mit hohen Subventionen gebaut und die Abgabebefreiung (EEG-Umlage und Netzgebühren) für die „großen“ Stromverbraucher beibehalten und ausgeweitet werden.

Neue Anträge zur Abgabebefreiung haben neben Golfplatzbetreibern auch Futtermittelhersteller, Steinkohlebergbau und Zementindustrie, um nur einige von den 2000 Antragstellen zu nennen, schon mal gestellt. – Mit guter Aussicht auf Erfolg. Die Unternehmen sehen keinen Grund zum Stromsparen, sondern das Gegenteil tritt ein. So wird ungehemmter Stromverbrauch

weiterhin gefördert. Diese unsoziale Umverteilung der Energiekosten geht zu Lasten der Privathaushalte und kleinerer Unternehmen.

*Nach Umweltinstitut München e.V:
" Mehr als zwei Drittel der Preissteigerung haben also nichts mit der Energiewende zu tun. Dafür gibt es andere Gründe, wie z.B. die gestiegenen Brennstoffkosten der fossilen Kraftwerke oder die Befreiung der größten Stromverbraucher von der Ökostromfinanzierung und den Netzentgelten. Die privaten Haushalte und andere Kleinverbraucher müssen immer mehr für ihren Strom bezahlen, während der Preis für Industriestrom zuletzt sogar leicht gesunken ist." ...*

Weitere, ausführliche Informationen unter <http://www.umweltinstitut.org/>

Unternehmen im "grünen" Sektor bieten knapp 400.000 Arbeitsplätze beim Einsatz erneuerbarer Energien. Da hinkt die Atomindustrie gewaltig hinterher. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist die Wertschöpfung vor Ort, die Vermeidung von Umweltschäden in Milliardenhöhe und ein dringend notwendiger Beitrag zur Rettung des Klimas, um nur die wichtigsten Effekte zu nennen.

Der Ausbau regenerativer Energieerzeugung und bezahlbaren Strom sind möglich. Wenn die Privilegien und Vergünstigungen für die großen Stromverbraucher abgeschafft, die tatsächlichen Beschaffungskosten offengelegt und an die Endverbraucher weitergereicht werden. Notwendig ist, die Energieversorger unter demokratische Kontrolle zu stellen.



dkp-minden.de

UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund
Revierpark
Wischlingen

Das größte
Volksfest
der Linken!



www.dkp.de